

Niederschrift der 5. öffentlichen Sitzung des Fachausschusses „Bau und Umwelt“ am Dienstag, den 01.10.2024 von 18:00 Uhr bis 20.00 Uhr im Bürgerhaus Obervieland, Alfred-Faust-Str. 4, 28279 Bremen

Anwesende:

FA-Mitglieder: Gesine Becker, Sven Boberg, Ulf Nummensen (i.V.), Erich Peters, Holger Sauer, Ewald Stehmeier (i.V.), Heiko Zeller, Frank Seidel (nicht stimmberechtigt),

Fehlend: Roman Fabian (e), Andreas Breitzke (e), Stefan Faber (e)

Gäste: Herr Blüm (Deutsches Rotes Kreuz/DRK), Volker Stahmann, Ralf Mahlendorf (beide ErdwärmeDich e.V.)

Sitzungsleitung: Michael Radolla (Ortsamt Obervieland)

Protokoll: Tuğba Böhrnsen (Ortsamt Obervieland)

TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird wie vorgelegt genehmigt.

(Einstimmige Zustimmung, 7 Ja Stimmen)

TOP 2: Arsterdamm: Errichtung einer DRK-Rettungswache (Vorstellung des Vorhabens)

dazu: Vertreter des DRK

Herr Blüm stellt einleitend die geplante Errichtung einer DRK Rettungswache am Arsterdamm 112-116 vor. Geplant sei die Sanierung der dort bereits bestehenden Lager- und Büroflächen sowie die Errichtung zweier weiterer Gebäudeteile. Vorgesehen sei eine Fahrzeughalle, eine Rettungswache und ein Verwaltungsgebäude. Aktuell nutze das DRK bereits das Areal mit den Bestandsgebäuden vorwiegend zur Fahrzeugabstellung. Mit der Ansiedlung am Arsterdamm beabsichtige das DRK die Bündelung seiner bremen weiten Katastrophenschutzanlagen an diesem Standort. Zudem werde die Verwaltung der bremischen Flüchtlingshilfe des DRK dort untergebracht. Auf Grundlage der aktuellen Planung sei von einer Fertigstellung Mitte/Ende 2026 auszugehen.

In der anschließenden Diskussion möchte **Herr Boberg** wissen, welche Arten von Fahrzeugen auf dem Gelände stationiert würden. Er merkt zudem an, dass das Bauvorhaben bei den benachbarten Anwohner:innen in Bezug auf mögliche Lärmbelastigungen kritisch betrachtet werde. In diesem Zuge stelle sich die Frage, ob es bei Ausfahrten der Rettungsfahrzeuge zum Einsatz von Sirenen kommen werde und ob die Errichtung einer Lichtzeichenanlage ggf. helfen könnte den möglichen Sireneneinsatz weiter einzuschränken.

Herr Sauer möchte in diesem Zusammenhang wissen, ob grundsätzlich Maßnahmen zur Lärmreduktion geplant seien.

Herr Peters fragt, ob im Zuge des geplanten Neubaus am Arsterdamm die Aufgabe der Rettungswache in der Fritz-Thiele-Straße vorgesehen sei.

Herr Seidel möchte wissen, ob am geplanten Standort auch ein Ausbildungsbereich geplant sei.

Herr Nummensen fragt, mit wie vielen Einsätzen pro Tag zu rechnen sei.

Herr Blüm betont, dass DRK habe bisher grundsätzlich gute Erfahrungen mit Rettungswachen in Wohngebieten gemacht. Geplant sei der Einsatz und die Stationierung von Unimogs, Arzt-Trailern, großen LKW (mobile Arztpraxen), Kran-LKW, Transportern und Rettungsfahrzeugen. Er betont, dass die Rettungskräfte angehalten seien, eine behinderungsfreie Ausfahrt vorausgesetzt, bei der Ausfahrt auf den Einsatz von Sirenen zu verzichten. Die Errichtung einer Lichtzeichenanlage bringe aus seiner Sicht in diesem Zusammenhang keine deutliche Verbesserung. Die Prüfung einer möglichen Forderung (z.B. aus dem Beirat) oblägen dann der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung und dem Senator für Inneres. Weitergehende Lärmschutzmaßnahmen seien derzeit nicht geplant. Das DRK sei in diesem Zusammenhang jedoch jederzeit für konstruktive Vorschläge offen. Mit Inbetriebnahme des Standortes am Arsterdamm werde der Standort an der Fritz-Thiele-Straße aufgegeben. Die Einrichtung eines Ausbildungszentrums sei nicht eingeplant. Die genaue Zahl von Tageseinsätzen könne nicht benannt werden. Dies hänge auch sehr stark vom jeweiligen Notrufvolumen ab.

Anwohner:innen aus dem Bereich Krumme Schinkel befürchten, dass mit der Errichtung des Katastrophenschutzentrums am Standort die Belästigungen durch Lärm und Licht insbesondere in den

Nachtstunden zunehmen würden. Es hätten bereits an Wochenenden Übungen stattgefunden, im Rahmen derer es zu erheblicher Lärmbelastigung gekommen sei. Überdies wurden Scheinwerfer eingesetzt, die die Anwohner:innen bei Nacht in ihren Schlafzimmern geblendet hätten.

Daneben möchten die Anwohner:innen wissen, ob für das zu erwartende zusätzliche Personal ausreichend Parkmöglichkeiten zur Verfügung gestellt würden. Es sei insbesondere in der vergangenen Vorweihnachtszeit im Zuge einer Weihnachtsfeier auf dem Gelände zu erheblichem Parkdruck in den anliegenden Straßenzügen gekommen.

Zudem weisen die Anwohner:innen darauf hin, dass die Einsichtnahme in den Straßenverkehr im Arsterdamm bei Ausfahrt aus dem DRK-Gelände durch dichte Bepflanzung eingeschränkt werde. Dies provoziere möglicherweise einen unnötigen Sireneneinsatz. Hier sollte dann ein entsprechender Rückschnitt erfolgen.

Aus den Reihen der Anwohner:innen wird bezweifelt, dass sich das geplante Vorhaben in dieser Örtlichkeit in das nähere Umfeld einpasst.

Herr Blüm entschuldigt sich zunächst für die im Rahmen von Übungen entstandenen Lärm- und Lichtbelästigungen. Insbesondere ehrenamtliches Personal nutze aktuell vermehrt an Wochenenden die Möglichkeit zur Durchführung von Übungsveranstaltungen. Die in diesem Zuge auftretenden Lärm- und Lichtbelästigungen halte er ebenfalls für nicht akzeptabel und sagt hier eine Lösungsfindung zu. Die angesprochene Weihnachtsfeier sei eine einmalige Veranstaltung gewesen. Den dadurch entstandenen Parkdruck in den Anliegerstraßen habe man tatsächlich unterschätzt. Während der vergangenen Weihnachtszeit sei eine Ausnahme gewesen. Er versichert, dass sich eine solche Situation in Zukunft nicht wiederholen werde. Ausreichende Parkmöglichkeiten für beschäftigtes Personal werde im Rahmen des Bauvorhabens eingeplant.

Der **Sitzungsleiter** macht noch einmal deutlich, dass das eigentliche baurechtliche Verfahren zum geplanten Vorhaben praktisch bereits abgeschlossen sei. Aus Sicht der Bauordnung widerspreche das Vorhaben nicht den Bestimmungen des dort geltenden Bebauungsplan 1949 und sei somit planungsrechtlich zulässig. Auch der Beirat habe im Zuge der Verfahrensbeteiligung entsprechend zugestimmt. In der heutigen Befassung und möglichen zukünftigen Befassungen könne es daher ausschließlich um den Rahmen und die inhaltliche Ausgestaltung des Vorhabens, nicht aber um dessen grundsätzliche Zulässigkeit gehen könne.

Herr Blüm und der **Sitzungsleiter** betonen abschließend, auch in Zukunft mit den Anwohner:innen weiterhin im direkten Austausch bleiben zu wollen.

Herr Blüm versichert, für Kritik und Ideen jederzeit offen zu sein und ein hohes Interesse an einem guten Nebeneinander mit der Nachbarschaft haben.

Der **Sitzungsleiter** sichert diesbezüglich die Unterstützung von Ortsamt/Beirat zu.

Die Ausschussmitglieder bedanken sich für die Ausführungen und nehmen diese zur Kenntnis.

TOP 3: Gleisbereich Twiedelftsweg/Wendeschleife: Beeinträchtigung der Anlieger durch Straßenbahnlärm (Bürgereingabe)

Anwohner:innen des Straßenzuges Panzenlaake berichteten, dass nach erfolgten Umbauarbeiten an der Wendeschleife der BSAG in Verbindung mit dem Einsatz des neuen Straßenbahnmodells „Nordlicht“ die Lärmemission durch fahrende Bahnen erheblich zugenommen und mittlerweile nicht mehr akzeptable Werte erreicht habe. Bereits erfolgte Eingaben der Anwohner:innen bei der BSAG hätten allerdings bislang nicht zu einer Verbesserung der Situation geführt.

Herr Sauer beantragt, die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung aufzufordern, im o.g. Bereich eine Lärmemissionsmessung durchzuführen. In diesem Zusammenhang sollte zudem geprüft werden, ob eine Verringerung der zulässigen Fahrgeschwindigkeit zu einer signifikanten Absenkung des Lärmpegels führt.

Herr Peters schlägt vor zu ergänzen, dass auf die Grenzwerte des Bundesimmissionsschutzgesetzes Bezug genommen werden solle.

Herr Sauer stimmt dieser Ergänzung zu und das Gremium fasst folgenden

Beschluss:

Der Beirat Obervieland fordert die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung auf, im Bereich der BSAG-Wendeschleife in Arsten (Linie 4) eine Lärmemissionsmessung durchzuführen. Für den Fall einer Grenzwertüberschreitung fordert der Beirat Obervieland die Senatorin auf Maßnahmen zu ergreifen, um eine Einhaltung der Grenzwerte zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang bittet der Beirat um Prüfung, ob ein Geschwindigkeitsgebot für Straßenbahnen bei der Einfahrt in die bzw. Ausfahrt aus der Wendeschleife zu einer wesentlichen Verringerung der Lärmemissionen führen würde. Bei der Überprüfung der Lärmemissionen soll

auf die Grenzwerte des Bundesimmissionsschutzgesetzes (BImSchG) und dessen Verwaltungsvorschriften Bezug genommen werden.

Begründung:

Anwohner:innen der benachbarten Wohnbereiche berichteten dem Beirat, dass nach erfolgten Umbauarbeiten an der Wendeschleife der BSAG in Verbindung mit dem Einsatz des neuen Straßenbahnmodells „Nordlicht“ die Lärmemission durch fahrende Bahnen erheblich zugenommen und mittlerweile nicht mehr akzeptable Werte erreicht habe. Bereits erfolgte Eingaben der Anwohner:innen bei der BSAG haben bislang nicht zu einer Verbesserung der Situation geführt.

(Einstimmige Zustimmung, 7 Ja-Stimmen)

TOP 4: Initiative Erdwärme Habenhausen: Aktueller Projektstand

dazu: Vertreter:innen der Initiative „ErdwärmeDich e.V.“

Herr Mahlendorf und **Herr Stahmann** stellen den aktuellen Stand der Genossenschaftsarbeit vor. Ziel des Vereins sei die Versorgung mit Erdwärme in verschiedenen Bremer Quartieren unter dem Dach einer Genossenschaft.

Vorgesehen sei in diesem Rahmen zunächst ein Pilotprojekt in der Humboldtstraße, für das kürzlich die straßenbaubehördliche Zustimmung hinsichtlich der Durchführung von Suchschachtungen erteilt worden sei. Hierbei werde an vorher festgelegten Stellen im Erdreich untersucht, ob die Voraussetzungen zur Errichtung eines „kalten Netzes“ Planungsbereich überhaupt möglich sei.

Mit dem Pilotprojekt in der Humboldtstraße sollen auch wichtige Erfahrungen im Hinblick auf die geplante Umsetzung in weiteren Quartieren gesammelt werden. Das Quartier in Habenhausen (im Bereich der Straßenzüge Fellendsweg, Holzdam, Habenhauser Brückenstraße und Habenhauser Landstraße) könnte in diesem Zuge möglicherweise bereits das nächste Umsetzungsprojekt nach der Humboldtstraße sein. Der Grund dafür sei, dass man neben Bereichen mit dichter Reihenhausbauung auch Erfahrungen in Quartieren mit freistehender Bebauung (und dadurch weiter voneinander entfernt liegenden Anschlüssen) sammeln wolle.

Der Verein erhalte aktuell viel Zuspruch aus der Politik und den Medien und es bestehe außerdem eine große Nachfrage nach Genossenschaftsanteilen. In diesem Rahmen erhoffe man sich auch eine positive Unterstützung durch den Beirat Obervieland.

In der anschließenden Diskussion äußert **Herr Zeller** Bedenken hinsichtlich etwaiger Folgeschäden, die im Zuge von Suchschachtungen (Bohrungen) an Bestandsgebäuden entstehen könnten. In diesem Zusammenhang stelle sich auch die Frage der Haftung bei eventuellem Schadenseintritt. Außerdem möchte er wissen, welche Baumaterialien verwendet würden. Aus seiner Sicht hätte eine Mischung aus Beton und Metall eine oxidierende Wirkung. Überdies macht er Bedenken hinsichtlich der Bohrung in Wasserschutzgebieten deutlich. Abschließend regt er an, sich beiratsseitig auch mit alternativen Heizvarianten für den Stadtteil zu befassen.

Herr Sauer möchte erfahren warum das Projekt in der Humboldtstraße als Pilotprojekt bezeichnet werde, wo deutschlandweit doch bereits Projekte zur Fernwärme stattgefunden hätten. Außerdem möchte er wissen, ob Bohrungen auf öffentlichem Grund trotz entsprechender Genehmigungen ohne weiteres möglich seien.

Herr Nummensen möchte wissen, mit welcher Art von Leitungen die Wärme in die jeweiligen Haushalte geführt werde.

Herr Mahlendorf erklärt, dass vor einer Bohrung zunächst eine Machbarkeitsprüfung erfolge. In diesem Rahmen werde ermittelt, ob eine nachfolgende Bohrung durch die jeweils vorhandenen Erd- und Gesteinsschichten ohne Folgeschäden möglich sei. Für diese Beurteilung werde geschultes Fachpersonal eingesetzt. Die Bohrung selbst erfolge in einem geschlossenen System. Überdies könne ein solches Vorhaben nicht ohne den Abschluss einer entsprechenden Versicherung durchgeführt werden. Für die Errichtung des Netzes würden Baumaterialien nach modernstem Standard verwendet.

Das Projekt werde als Pilotprojekt bezeichnet, weil Fernwärme in einem solch großen Netzzumfang bisher nicht bei Bestandsimmobilien eingesetzt worden sei.

Eine Bohrung auf öffentlichem Grund sei einzig mit dem Einvernehmen der Baubehörde und mit dem Einsatz geschulten Fachpersonals möglich. Für Bohrungen auf privaten Grund sei das Einverständnis der jeweiligen Grundstückseigentümer:innen einzuholen.

Herr Stahmann betont abschließend, dass er die Bedenken einiger Fachausschussmitglieder durchaus nachvollziehen könne und schlägt vor, zum Fortgang des Projekts weiterhin im Austausch zu bleiben. Ein breites Interesse im vorgesehenen Quartier sei auch im Hinblick auf die wirtschaftliche Machbarkeit des Projekts von

großer Bedeutung. Bisher seien rund 200 von möglichen rund 500 Haushalten interessiert. Dies sei aus Vereins­sicht durchaus ausbaufähig.

Die Fachausschussmitglieder bedanken sich für die Ausführungen, nehmen diese zur Kenntnis und sichern dem Verein ihre grundsätzliche Unterstützung zu. Für die kommende Sitzung wolle der Ausschuss dahingehend eine entsprechende Stellungnahme erarbeiten und beschließen.

TOP 5: Maßnahmen zur Finanzierung aus dem Stadtteilbudget des Beirates bei der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung:

- **Mögliche Aufstellung von zwei Sitzbänken auf dem Grundstück „Habenhauser Friedenspark“ (neben Habenhauser Dorfstr.10), Kostenschätzung UBB: 7.000,00 €**

Beschluss: Der Fachausschuss Bau und Umwelt empfiehlt dem Beirat, einer Umsetzung der Maßnahme aus dem Stadtteilbudget des Beirates zuzustimmen.

(Einstimmige Zustimmung, 7 Ja-Stimmen)

TOP 6: Globalmittelantrag:

- **Interessengemeinschaft der Allbau-Käufer Arsten e.V., Pflege und Instandhaltung Spielplatz Arster Landstraße/Blendermannweg, Antragssumme: 1.000,00 €**

Beschluss: Der Fachausschuss Bau und Umwelt empfiehlt dem Beirat, die Maßnahme in voller Antragshöhe von 1.000,00 € aus den Globalmitteln des Haushaltsjahres 2024 zu fördern.

(Einstimmige Zustimmung, 7 Ja-Stimmen)

TOP 7: Verschiedenes

Herr Stehmeier möchte wissen, warum für die Umleitung der BSAG-Linie 26 als Folge der derzeitigen Sperrung am Arsterdamm nicht der Heukämpendamm und die August-Hagedorn-Allee genutzt werde. Stattdessen werde weiträumig über den Autobahnzubringer Arsten und die Habenhauser Brückenstraße ausgewichen. Das Ortsamt sagt zu, Informationen zum Sachverhalt über die BSAG einzuholen.

Des Weiteren fragt **Herr Stehmeier**, ob auf der Mittelinsel im Kreuzungsbereich Habenhauser Landstraße/ Helene Lange Straße noch Nebenanlagen angelegt würden. Er regt zudem an, aufgrund der getrennten Fahrbahnen der Helene-Lange-Straße Verkehrszeichen (Richtungspfeile) zur besseren Orientierung der Verkehrsteilnehmer zu installieren.

(Antwort Amt für Straßen und Verkehr im Nachgang der Sitzung: Dieser Bereich befindet sich derzeit noch in der Zuständigkeit der Planungsgesellschaft Gartenstadt Werdersee und somit im Bauzustand. Von einer entsprechenden Realisierung im Endzustand könne jedoch ausgegangen werden)

Herr Nummensen merkt an, dass die Gehwegbereiche (wassergebundene Decke) im Fellendweg in Teilbereichen überarbeitet werden müssten.

Das Ortsamt sagt eine Weitergabe an das zuständige Amt für Straßen und Verkehr zu.

gez. Radolla
Sitzungsleitung

gez. Boberg
Ausschuss­sprecher

gez. Böhrnsen
Protokoll